



RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION

Brüssel, den 7. Januar 2004 (12.01)
(OR. fr)

16382/03

PUBLIC 110

VERMERK

Betr.: MONATLICHE AUFSTELLUNG DER RECHTSAKTE DES RATES
NOVEMBER 2003

Dieses Dokument enthält

- in **Anlage I** eine Aufstellung der vom Rat im November 2003 endgültig angenommenen Rechtssetzungsakte sowie in **Anlage II** die Protokollerklärungen, die der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. In der Aufstellung sind auch etwaige Gegenstimmen und Stimmenthaltungen, Erklärungen zur Stimmabgabe sowie die Abstimmungsregel vermerkt;
- in **Anlage III** eine Aufstellung der sonstigen vom Rat im November 2003 angenommenen Rechtsakte¹, in der gegebenenfalls auf Abstimmungsergebnisse, Erklärungen zur Stimmabgabe sowie Erklärungen hingewiesen wird, die gemäß Beschluss des Rates veröffentlicht werden.

Vorliegendes Dokument ist auch über die Internet-Site <http://ue.eu.int> unter der Rubrik "Transparenz" - "Rechtsakte des Rates" zugänglich.

Es sei darauf aufmerksam gemacht, dass ausschließlich die die endgültige Annahme der Rechtssetzungsakte betreffenden Protokolle maßgebend sind. Die Auszüge aus den betreffenden Protokollen können beim Dienst "Transparenz" über E-Mail (transparency@consilium.eu.int) angefordert werden.

¹ Mit Ausnahme bestimmter Rechtsakte von begrenzter Tragweite wie Verfahrensbeschlüsse, Ernennungen, Beschlüsse von durch internationale Übereinkünfte eingesetzten Organen, punktuelle Haushaltsbeschlüsse usw.

NOVEMBER 2003			
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNG/ ERKLÄRUNGEN ZUR STIMMABGABE UND ABSTIMMUNGSREGEL
2537. Tagung des Rates (Wirtschaft und Finanzen) vom 4. November 2003 Verordnung des Rates zur Steuerung des Fischereiaufwands für bestimmte Fanggebiete und Fischereiressourcen der Gemeinschaft, zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2847/93 und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 685/95 und 2027/95 Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 577/98 des Rates zur Durchführung einer Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte in der Gemeinschaft im Hinblick auf die Anpassung der Liste der Erhebungsmerkmale Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz von Fußgängern und anderen ungeschützten Verkehrsteilnehmern vor und bei Kollisionen mit Kraftfahrzeugen und zur Änderung der Richtlinie 70/156/EWG des Rates	13679/03 + COR 1 (en) + COR 2 (es) PE-CONS 3672/03 PE-CONS 3660/03 + COR 1	205/03, 206/03, 207/03, 208/03, 209/03, 210/03, 211/03, 212/03, 213/03	Dagegen IRL, E Enthaltung B Qualifizierte Mehrheit Qualifizierte Mehrheit Qualifizierte Mehrheit

NOVEMBER 2003			
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNG/ ERKLÄRUNGEN ZUR STIMMABGABE UND ABSTIMMUNGSREGEL
2538. Tagung des Rates (Justiz und Inneres) vom 6. November 2003 Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2001/25/EG über Mindestanforderungen für die Ausbildung von Seeleuten Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates für das Monitoring von Wäldern und Umweltwechselwirkungen in der Gemeinschaft 2542. Tagung des Rates (Landwirtschaft und Fischerei) vom 17. November 2003 Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1907/90 über bestimmte Vermarktungsnormen für Eier Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung Nr. 79/65/EWG zur Bildung eines Informationsnetzes landwirtschaftlicher Buchführungen über die Einkommenslage und die betriebswirtschaftlichen Verhältnisse landwirtschaftlicher Betriebe in der EWG	PE-CONS 3668/03 + COR 1 (fi) PE-CONS 3681/03 14070/03 + COR 1 (fi) 13858/03	 214/03, 215/03, 216/03 217/03	Qualifizierte Mehrheit Dagegen SE Qualifizierte Mehrheit Enthaltung UK Qualifizierte Mehrheit Qualifizierte Mehrheit

NOVEMBER 2003			
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNG/ ERKLÄRUNGEN ZUR STIMMABGABE UND ABSTIMMUNGSREGEL
Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 96/16/EG des Rates betreffend die statistischen Erhebungen über Milch und Milcherzeugnisse	PE-CONS 3663/03		Qualifizierte Mehrheit
Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung in der Gemeinschaft	PE-CONS 3664/03 + COR 1 (fr,en,sv) + COR 2		Qualifizierte Mehrheit
Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Erstellung der jährlichen Statistiken der Gemeinschaft über die Stahlindustrie für die Berichtsjahre 2003-2009	PE-CONS 3667/03 + COR 1 (de)		Qualifizierte Mehrheit
2545. Tagung des Rates (Erziehung/Jugend/Kultur) vom 24. und 25. November 2003			
Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Programm zur Verbesserung der Qualität der Hochschulbildung und Förderung des interkulturellen Verständnisses durch die Zusammenarbeit mit Drittstaaten (Erasmus Mundus) (2004-2008)	Bezug Dok. 15138/03 PE-CONS 3682/03	218/03	Qualifizierte Mehrheit

NOVEMBER 2003			
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNG/ ERKLÄRUNGEN ZUR STIMMABGABE UND ABSTIMMUNGSREGEL
Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Mehrjahresprogramm (2004-2006) für die wirksame Integration von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung in Europa (Programm "eLearning")	Bezug Dok. 15139/03 PE-CONS 3683/03	219/03	Qualifizierte Mehrheit
Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2002/96/EG über Elektro- und Elektronik-Altgeräte	PE-CONS 3671/03 + COR 1 (de) + COR 2 (pt)		Qualifizierte Mehrheit
2546. Tagung des Rates (Wirtschaft und Finanzen) vom 25. November 2003			
Entscheidung des Rates zur Änderung der Entscheidung 97/510/EG zur Ermächtigung Irlands, eine von Artikel 21 der Sechsten Richtlinie 77/388/EWG zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Umsatzsteuern abweichende Maßnahme zu treffen	14093/03 + COR 1 (fi)		Einstimmigkeit
Richtlinie des Rates betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen	10501/1/03 REV 1	220/03, 221/03	Einstimmigkeit

NOVEMBER 2003			
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNG/ ERKLÄRUNGEN ZUR STIMMABGABE UND ABSTIMMUNGSREGEL
Richtlinie des Rates über die Unterstützung bei der Durchbeförderung im Rahmen von Rückführungsmaßnahmen auf dem Luftwege	10503/03 + REV 1 (el) + REV 1 COR 1 (el)		Einstimmigkeit
2548. Tagung des Rates (Justiz und Inneres) vom 27. und 28. November 2003			
Beschluss des Rates über Kontrollmaßnahmen und strafrechtliche Sanktionen im Zusammenhang mit den neuen synthetischen Drogen 2C-I, 2C-T-2, 2C-T-7 und TMA-2	13545/03		Einstimmigkeit

NOVEMBER 2003			
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNG/ ERKLÄRUNGEN ZUR STIMMABGABE UND ABSTIMMUNGSREGEL
Verordnung des Rates über die Zuständigkeit und Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1347/2000	12513/1/03 REV 1 + COR 1 (en) + COR 2 (de) + COR 3 + COR 4 (nl) + COR 5 (en) + COR 6 (nl) + COR 7 (en,fr,de,it,da,es,pt,fi) + COR 8 (fi) + COR 9 (it) + COR 10 (it) + ADD 1 + REV 2 (el) + REV 2 COR 1 (el) + REV 2 ADD 1 (el) + REV 3 (sv) + REV 3 COR 1 (sv)		Einstimmigkeit

ERKLÄRUNG 205/03

Erklärung der Kommission zu Artikel 1

"Um sicherzustellen, dass der Fischereiaufwand bei der Fischerei auf Kammuscheln, Taschenkrebse und Seespinnen in den ICES-Gebieten VIId und VIIe in angemessener Weise betrieben wird, wird die Kommission im Einklang mit Artikel 6 der Verordnung (EG) Nr. 2371/2002 einen Bewirtschaftungsplan für diese Bestände vorschlagen.

Die Kommission wird Bestimmungen über die Beschränkung des Fischereiaufwands für diese Bestände in den Vorschlag für TACs und Quoten für 2004 einbeziehen, damit eine vorläufige Anwendung des oben genannten Plans vom 1. Januar 2004 an gewährleistet wird."

ERKLÄRUNG 206/03

Erklärung des Rates und der Kommission zu Artikel 3

"Wird bestimmten Fischereifahrzeugen aufgrund von Artikel 3 der Zugang zu Gewässern gestattet, von denen sie zuvor ausgeschlossen waren, so beobachten die Kommission und die betreffenden Mitgliedstaaten sorgfältig die Fangtätigkeiten, um sicherzustellen, dass diese Tätigkeiten mit den bereits bestehenden Maßnahmen für die Erhaltung der Fischereiressourcen in Einklang stehen."

ERKLÄRUNG 207/03

Erklärung der Kommission zu Artikel 3

"Der Fischereiaufwand für die Fischerei auf Grundfischarten nach Artikel 3 und 6a schließt die Grundschleppnetzfisherei auf Kaisergranat und Garnelen mit ein."

ERKLÄRUNG 208/03

Erklärung der Kommission zu Artikel 5

"Die Kommission beabsichtigt, zur Ergänzung der in Artikel 6 Absatz 1 festgelegten Zugangsbeschränkungen und zur Verhinderung einer Schädigung der empfindlichen Ökosysteme auf unterseeischen Bergen in den Gewässern bis mindestens 200 Meilen vor den Azoren, Madeira und den Kanarischen Inseln dem Rat in Kürze eine Änderung der Verordnung (EG) Nr. 850/98 des Rates vorzuschlagen, nach der die Schleppnetzfischerei in diesen Gewässern um die Azoren, Madeira und die Kanarischen Inseln verboten werden soll."

ERKLÄRUNG 209/03

Erklärung des Rates und der Kommission zu Artikel 5

"Die Bestimmungen über die Regionen in äußerster Randlage greifen nicht den Maßnahmen vor, die später für die französischen überseeischen Departements anzunehmen sind. Die Kommission beabsichtigt, hierzu im Laufe des Jahres 2004 einen Vorschlag zu unterbreiten."

ERKLÄRUNG 210/03

Erklärung der Kommission zu Artikel 5

"Bei der Anwendung der Bestimmungen des Artikels 6 Absatz 1 wird die Kommission in die Fischereifahrzeuge der Gemeinschaft, die traditionell in Gebieten in äußerster Randlage gefischt haben, die Fahrzeuge einbeziehen, die eine Fischereitätigkeit im Rahmen bestehender Abkommen zwischen Mitgliedstaaten ausüben."

ERKLÄRUNG 211/03

Erklärung der Kommission zu Artikel 11

"Bei der Ausarbeitung ihres Vorschlags nach Artikel 11 Absatz 1 stellt die Kommission sicher, dass alle betroffenen Mitgliedstaaten in vollem Umfang über den für andere Mitgliedstaaten vorgeschlagenen höchstzulässigen Fischereiaufwand unterrichtet und dazu angehört werden."

ERKLÄRUNG 212/03

Erklärung der Kommission zu Artikel 12

"In Fällen, in denen die Kommission ersucht wird, eine Erhöhung des höchstzulässigen Fischereiaufwands für einen Mitgliedstaat in einem bestimmten Gebiet oder Bereich zuzulassen, damit dieser Mitgliedstaat nicht regulierte Arten befischen kann, muss, wenn die Kommission einem solchen Ersuchen stattgeben soll, nachgewiesen werden, dass dies bei regulierten Arten, für die den Mitgliedstaaten keine Quoten mehr zustehen, nicht zu erhöhten Beifängen führt."

ERKLÄRUNG 213/03

Erklärung der spanischen Delegation

"Im Zusammenhang mit der Annahme der Verordnung zur Steuerung des Fischereiaufwands in den westlichen Gewässern gibt die spanische Delegation folgende Erklärung ab:

1. Spanien erklärt erneut, wie auch vom Juristischen Dienst des Rates der Europäischen Union bestätigt wurde, dass die in den Verordnungen Nr. 685/95 und Nr. 2027/95 enthaltenen Bestimmungen zur Anpassung der Vorschriften der Übergangsfrist für die vollständige Einbeziehung Spaniens in die Gemeinsame Fischereipolitik am 1. Januar 2003 ihre Geltung verloren haben. Daran ändert auch nichts der in Artikel 15 Absatz 1 der Verordnung des Rates zur Steuerung des Fischereiaufwands für bestimmte Fanggebiete und Fischereiressourcen der Gemeinschaft und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2847/93 ausdrücklich vorgesehene Zeitpunkt für die Aufhebung dieser Verordnungen.
2. Spanien ist der Auffassung, dass sich der Referenzzeitraum 1998-2002, auf den sich die Artikel 3 und 6 der Verordnung stützen, um den Fischereiaufwand für die verschiedenen Fangflotten zu ermitteln und so den höchstzulässigen Fischereiaufwand, den die einzelnen Mitgliedstaaten künftig betreiben dürfen, festzusetzen, auf einen Zeitraum bezieht, in dem der Fischereiaufwand der spanischen Flotte aufgrund der für sie geltenden Übergangsregelung diskriminierenden Beschränkungen unterlag.
3. Spanien ist der Auffassung, dass die spezifischen Maßnahmen, die für die in Artikel 6 der Verordnung definierte Zone angenommen wurden, aus technischer Sicht unangemessen und nicht gerechtfertigt sind, da sie aus Gründen, die nicht objektiv sind, eine unterschiedliche Behandlung bestimmter Mitgliedstaaten bewirken und eine Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit darstellen könnten.
4. Spanien behält sich das Recht vor, zur Verteidigung seiner Rechte den Gerichtshof anzurufen."

ERKLÄRUNG 214/03

Erklärung der Kommission

"Die Kommission nimmt die vom Europäischen Parlament und dem Rat in zweiter Lesung erzielte Einigung über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates für das Monitoring von Wäldern und Umweltwechselwirkungen in der Gemeinschaft (Forest Focus) zur Kenntnis.

Die Kommission muss jedoch an ihre Erklärung mit nachstehendem Wortlaut erinnern, die sie zum Zeitpunkt der Annahme des gemeinsamen Standpunkts abgegeben hat:

Die Kommission nimmt zur Kenntnis, dass die Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates ein Regelungsverfahren zur Umsetzung der in dem Vorschlag beschriebenen Maßnahmen im Gegensatz zu dem von der Kommission vorgeschlagenen Verwaltungsverfahren vorsieht.

In Anbetracht des Urteils des Gerichtshofes vom 21. Januar 2003 betreffend die Verordnung (EG) Nr. 1655/2000 über das Finanzierungsinstrument für die Umwelt (LIFE) weist die Kommission nachdrücklich auf die Bedeutung der Anwendung der Kriterien gemäß Artikel 2 des Beschlusses 468/99/EG des Rates vom 28. Juni 1999 zur Festlegung der Modalitäten für die Ausübung der der Kommission übertragenen Durchführungsbefugnisse hin.

Da die im Vorschlag dargelegten Maßnahmen nach Auffassung der Kommission unter die Durchführung von Programmen mit erheblichen Auswirkungen auf den Haushalt fallen, sollten sie unter Anwendung des Verwaltungsverfahrens erlassen werden. Die Maßnahmen sind durchaus programmspezifisch und daher weder von allgemeiner Tragweite noch dazu bestimmt, die Bestimmungen des Rechtsakts anzuwenden, anzupassen oder zu aktualisieren. Daher hält die Kommission das Regelungsverfahren in diesem Fall für nicht geeignet.

Gemäß dem oben genannten Urteil des Gerichtshofs muss jede von den Leitkriterien gemäß Artikel 2 des Beschlusses des Rates über die Ausübung der der Kommission übertragenen Durchführungsbefugnisse abweichende Wahl eines Verfahrens eindeutig begründet werden.

Die Kommission ist in diesem Fall der Auffassung, dass die Abweichung von den im Ratsbeschluss festgelegten Kriterien mit dem Text des Erwägungsgrundes über die Anwendung des Ausschussverfahrens nicht ausreichend begründet wird.

Die Kommission behält sich vor, von den ihr zur Verfügung stehenden Rechtsmitteln Gebrauch zu machen."

ERKLÄRUNG 215/03

Erklärung der finnischen und der belgischen Delegation

"Finnland und Belgien weisen darauf hin, dass das Ziel der Verordnung Forest Focus das Monitoring von Wäldern und Umweltwechselwirkungen ist. Maßnahmen zum Schutz des Waldes gegen Brände sind gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 1257/99 zuschussfähig.

Finnland und Belgien vertreten den Standpunkt, dass Maßnahmen zum Schutz des Waldes gegen Brände nur durch ein Instrument finanziert werden sollten. Ihres Erachtens sollten daher solche Maßnahmen nach dem 31. Dezember 2006 nicht im Rahmen der Verordnung Forest Focus bezuschusst werden, sondern beispielsweise eher durch die Verordnung (EWG) Nr. 1257/99."

ERKLÄRUNG 216/03

Erklärung der schwedischen Delegation

"Schweden ist ein Land mit einer bedeutenden Forstwirtschaft. Wie bereits in einer Erklärung zum Zeitpunkt der Festlegung des Gemeinsamen Standpunkts verdeutlicht, wirft die vorgeschlagene Verordnung für Schweden schwerwiegende grundlegende Probleme auf. Kompromissshalber hat Schweden jedoch beschlossen, für den Gemeinsamen Standpunkt zu stimmen. Bedauerlicherweise haben die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament zu einem noch mehr in die falsche Richtung tendierenden Kompromiss geführt. Nach Ansicht Schwedens wird der Vorschlag in seiner gegenwärtigen Form nicht der ursprünglichen Absicht einer Trennung zwischen Monitoring und Schutzmaßnahmen gerecht. Insbesondere was Maßnahmen zum Schutz des Waldes gegen Brände anbetrifft, hat Schweden keine Einwände gegen Gemeinschaftsmaßnahmen, hält jedoch die geltende Verordnung (EWG) Nr. 1257/99 für den angemessenen anzuwendenden Rechtsakt. Daher stimmt Schweden gegen den Kompromiss mit dem Europäischen Parlament."

ERKLÄRUNG 217/03

Erklärung der britischen Delegation

"Das Vereinigte Königreich hat sich nicht in der Lage gesehen, den Vorschlag zu unterstützen, dass sämtliche Eier, die auf einem örtlichen öffentlichen Markt abgegeben werden, gekennzeichnet werden müssen. Die Kommission hat keinen Nachweis dafür erbracht, dass tatsächlich ein Lebensmittelsicherheitsproblem oder ein Problem bei der Durchsetzung vorliegt, das angegangen werden muss. Der Vorschlag wird daher voraussichtlich zu einer unnötigen Mehrbelastung der Klein-erzeuger führen. Eine Kann-Bestimmung, die den Mitgliedstaaten, die im Zusammenhang mit den örtlichen Märkten Probleme sehen, die erforderlichen Maßnahmen ermöglicht hätte, wäre geeigneter gewesen."

ERKLÄRUNG 218/03

Erklärung des Rates

"In Bezug auf die gemeinsame Erklärung des Rates und des Parlaments (Tagung des Rates (Wirtschaft und Finanzen) vom 16. Juli 2003, Dokument 11183/03) zur Anpassung der Referenzbeträge in gemeinsam mit dem Parlament beschlossenen Rechtsgrundlagen nach der Erweiterung erklärt der Rat hiermit, dass die Bedingungen der genannten gemeinsamen Erklärung bezüglich der Programme Erasmus Mundus und eLearning erfüllt sind."

ERKLÄRUNG 219/03

Erklärung des Rates

"In Bezug auf die gemeinsame Erklärung des Rates und des Parlaments (Tagung des Rates (Wirtschaft und Finanzen) vom 16. Juli 2003, Dok. 11183/03) zur Anpassung der Referenzbeträge in gemeinsam mit dem Parlament beschlossenen Rechtsgrundlagen nach der Erweiterung erklärt der Rat hiermit, dass die Bedingungen der genannten gemeinsamen Erklärung bezüglich der Programme Erasmus Mundus und *eLearning* erfüllt sind."

ERKLÄRUNG 220/03

Erklärung des Rates

Zu Artikel 3

"Der Rat begrüßt die Zusage der Kommission, binnen eines Jahres, nach Möglichkeit jedoch noch vor Ende 2003, einen Vorschlag für eine Richtlinie über die Aufnahme von Flüchtlingen und unter subsidiärem Schutz stehenden Personen in die Kategorie von Personen, denen die Rechtsstellung von langfristig Aufenthaltsberechtigten zuerkannt wird, vorzulegen, bei dem sie der Studie über die Übertragung des Schutzstatus Rechnung tragen wird."

ERKLÄRUNG 221/03

Erklärung des Rates

Zu Artikel 6

"Das Konzept der öffentlichen Ordnung und der öffentlichen Sicherheit deckt auch Fälle ab, in denen ein Drittstaatsangehöriger einer Vereinigung, die den Terrorismus unterstützt, angehört, eine solche Vereinigung unterstützt oder extremistische Bestrebungen hat."

NOVEMBER 2003	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
2537. Tagung des Rates (Wirtschaft und Finanzen) vom 4. November 2003	
Gemeinsamer Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Detergenzien Dok. 10595/03 + COR 1 (en,pt) + COR 2 (fi) + COR 3 (en,fr,de,it,es,pt,sv) + REV 1 (da) + REV 1 COR 1 (da) + REV 1 COR 2 (da) + REV 1 COR 3 (da) + REV 2 (el) + REV 2 COR 1 (el) + ADD 1 Gemeinsamer Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Humanarzneimittel hinsichtlich traditioneller pflanzlicher Arzneimittel Dok. 12754/03 + ADD 1	
2539. Tagung des Rates WETTBEWERBSFÄHIGKEIT (Binnenmarkt, Industrie, Forschung) vom 10. November 2003	
Verordnung zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 427/2003 über einen befristeten warenspezifischen Schutzmechanismus für die Einfuhren mit Ursprung in der Volksrepublik China Dok. 13604/03 Beschluss des Rates zur Änderung zur Änderung des Beschlusses 1999/70/EG über die externen Rechnungsprüfer der nationalen Zentralbanken hinsichtlich der externen Rechnungsprüfer der Banque centrale du Luxembourg Dok. 13837/03 Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: Verbesserte Umsetzung der Richtlinien des neuen Konzepts Dok. 14289/03 Entschließung des Rates über den Beruf und die Laufbahn der Forscher im Europäischen Forschungsraum (EFR) Dok. 14636/03	

NOVEMBER 2003	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
2540. Tagung des Rates (Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen) vom 17. November 2003 Beschluss des Rates zur Verlängerung und Änderung des Beschlusses 1999/730/GASP zur Umsetzung der Gemeinsamen Aktion 1999/34/GASP durch einen Beitrag der Europäischen Union zur Bekämpfung der destabilisierenden Anhäufung und Verbreitung von Kleinwaffen und leichten Waffen in Kambodscha Dok. 14039/03 Beschluss des Rates zur Verlängerung und Änderung des Beschlusses 2002/842/GASP zur Durchführung der Gemeinsamen Aktion 2002/589/GASP betreffend den Beitrag der Europäischen Union zur Bekämpfung der destabilisierenden Anhäufung und Verbreitung von Handfeuerwaffen und leichten Waffen in Südosteuropa Dok. 14043/03 Dritter Jahresbericht über die Durchführung der Gemeinsamen Aktion der Europäischen Union vom 12. Juli 2002 betreffend den Beitrag der Europäischen Union zur Bekämpfung der destabilisierenden Anhäufung und Verbreitung von Kleinwaffen und leichten Waffen und zur Aufhebung der Gemeinsamen Aktion 1999/34/GASP (2002/589/GASP) sowie des EU-Programms vom Juni 1997 zur Verhütung und Bekämpfung des illegalen Handels mit konventionellen Waffen Dok. 13657/03 Annahme durch den Rat der aktualisierten Fassung der gemeinsamen Militärgüterliste der Europäischen Union Dok. 14460/1/03 REV 1 + REV 1 COR 1 Gemeinsamer Standpunkt des Rates betreffend die weltweite Anwendung und Stärkung von multilateralen Übereinkünften im Bereich der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und Trägermitteln Dok. 14310/03 EntschlieÙung des Rates über den Erlass von Zugangsverboten zum Austragungsort von Fußballspielen von internationaler Bedeutung durch die Mitgliedstaaten Dok. 13917/03 + COR 1 (en)	

NOVEMBER 2003	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
Beschluss des Rates über den Abschluss des Abkommens über die Anwendung bestimmter Rechtsakte der Gemeinschaft auf dem Gebiet des Fürstentums Monaco Dok. 9874/03 + COR 1 (da,de,el,en,fr,it,sv) + COR 2 (pt) + COR 3 (nl) Beschluss des Rates zur Einsetzung eines Stabs zur Vorbereitung der Einrichtung einer Agentur für die Bereiche Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten, Forschung, Beschaffung und Rüstung Dok. 14847/03 2542. Tagung des Rates (Landwirtschaft und Fischerei) vom 17. November 2003 Beschluss des Rates über den Beitritt der Europäischen Gemeinschaft zur Codex-Alimentarius-Kommission Dok. 13089/03 + COR 1 (es), 13073/03 + ADD 1 + ADD 2 Beschluss des Rates über den Abschluss des Übereinkommens Nr. 180 des Europarats über Information und rechtliche Zusammenarbeit im Bereich der Dienste der Informationsgesellschaft im Namen der Europäischen Gemeinschaft Dok. 13912/03, 11277/03 + ADD 1 2544. Tagung des Rates (Wirtschaft und Finanzen - Haushalt) vom 24. November 2003 Beschluss des Rates über den Abschluss bilateraler Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Zypern sowie der Regierung der Republik Ungarn über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft Dok. 11722/03 + COR 1 Beschluss des Rates über den Abschluss des Konsultationsverfahrens mit der Zentralafrikanischen Republik und die Ergreifung geeigneter Maßnahmen gemäß Artikel 96 des Abkommens von Cotonou Dok. 14559/03	

NOVEMBER 2003	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
Verordnung des Rates zur Einstellung der teilweisen Interimsüberprüfung der Antidumpingmaßnahmen betreffend die Einfuhren von Flussspat mit Ursprung in der Volksrepublik China Dok. 14158/03 Schriftliches Verfahren vom 25. November 2003 Beschluss des Rates über den Standpunkt der Gemeinschaft zu dem Antrag Litauens auf Beitritt zum Übereinkommen über die künftige multilaterale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Fischerei im Nordostatlantik Dok. 15150/03 Anlage 2545. Tagung des Rates (Erziehung/Jugend/Kultur) vom 24. und 25. November 2003 Entschließung über die Zusammenarbeit der kulturellen Einrichtungen im Bereich der Museen Dok. 14035/03 + COR 1 (en,da,el) Entschließung zur Hinterlegung von Kinofilmen in der Europäischen Union Dok. 13986/03 + COR 1 (es) Entschließung zum Thema "Gestaltung der Schule als offenes Lernumfeld, um Schulabbruch und Missbehagen bei Jugendlichen vorzubeugen und entgegenzuwirken und die soziale Integration der Jugendlichen zu fördern" Dok. 13985/03 Schlussfolgerungen über den Aufbau von Humankapital zur Förderung des sozialen Zusammenhalts und der Wettbewerbsfähigkeit in der wissensbasierten Gesellschaft Dok. 14354/03 + COR 1 + COR 2 (de) Entschließung über gemeinsame Zielsetzungen für die Partizipation und Information der Jugendlichen Dok. 14353/03	

NOVEMBER 2003	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
2546. Tagung des Rates (Wirtschaft und Finanzen) vom 25. November 2003 Beschluss des Rates zur Änderung des Beschlusses 2002/882/EG über eine Finanzhilfe für die Bundesrepublik Jugoslawien hinsichtlich einer weiteren Finanzhilfe für Serbien und Montenegro Dok. 14202/03 Beschluss des Rates über die Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt Dok. 10642/03 + COR 1 (fi) + COR 2 + ADD 1 (fr) 2547. Tagung des Rates WETTBEWERBSFÄHIGKEIT (Binnenmarkt, Industrie, Forschung) vom 26. und 27. November 2003 Schlussfolgerungen des Rates zum "Beitrag der Industriepolitik zur Wettbewerbsfähigkeit Europas" und EntschlieÙung über den "Gleichberechtigten Zugang von Frauen und Männern zur Wissensgesellschaft und deren gleichberechtigte Teilhabe an der Wissensgesellschaft mit Blick auf Wachstum und Innovation" Dok. 15472/03 Anlagen 2548. Tagung des Rates (Justiz und Inneres) vom 27. und 28. November 2003 - Beschluss des Rates zur Aufhebung der Finanzregelung für die Haushaltsaspekte der vom Generalsekretär des Rates verwalteten Verträge über die Einrichtung und den Betrieb des "Helpdesk Server" der Managementeinheit und der Phase II des SIRENE-Netzes, die in seinem Namen als Vertreter bestimmter Mitgliedstaaten geschlossen worden sind Dok. 12138/03 - Beschluss des Rates zur Aufhebung des Beschlusses zur Ermächtigung des Generalsekretärs des Rates, im Zusammenhang mit der Eingliederung des Schengen-Besitzstands in den Rahmen der Europäischen Union in Bezug auf den Abschluss von Verträgen über die Einrichtung und den Betrieb des "Helpdesk Server" der Managementeinheit und des SIRENE-Netzes (Phase II) als Vertreter bestimmter Mitgliedstaaten zu handeln und solche Verträge zu verwalten Dok. 12137/03	

NOVEMBER 2003	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
Rechtsakt des Rates zur Erstellung - aufgrund von Artikel 43 Absatz 1 des Übereinkommens über die Errichtung eines Europäischen Polizeiamts (Europol-Übereinkommen) - eines Protokolls zur Änderung dieses Übereinkommens Dok. 13650/03 + COR 1 (fi), 13649/03 + COR 1 (en) + ADD 1 Beschluss des Rates zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, die Vertragsparteien des Pariser Übereinkommens vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie sind, das Änderungsprotokoll zu diesem Übereinkommen im Interesse der Gemeinschaft zu unterzeichnen Dok. 14303/03 + COR 1 (en) Entscheidung des Rates zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, die Vertragsparteien des Pariser Übereinkommens vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie sind, das Änderungsprotokoll zu diesem Übereinkommen im Interesse der Gemeinschaft zu ratifizieren oder diesem beizutreten Dok. 14305/03 + COR 1 (en) + COR 3 (es) Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1080/2000 über die Unterstützung der UN-Übergangsverwaltung für das Kosovo (UNMIK) und des Amtes des Hohen Repräsentanten in Bosnien und Herzegowina (OHR) Dok. 12894/03 Beschluss des Rates über die Unterzeichnung - in Namen der Gemeinschaft - und die vorläufige Anwendung des Abkommens in Form eines Briefwechsels über die Verlängerung des Protokolls zur Festlegung der Fangmöglichkeiten und der finanziellen Gegenleistung nach dem Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Regierung der Republik Côte d'Ivoire über die Fischerei vor der Küste von Côte d'Ivoire für die Zeit vom 1. Juli 2003 bis zum 30. Juni 2004 Dok. 13950/03	